

KLIMA KOMPAKT



Klimawissenschaftler fordert noch schärferen Klimaschutz

Kipp-Punkte sind nahe

Australien veröffentlicht nationalen „Stern-Report“ – Stern mahnt 2t-CO₂-Ziel für 2050 an

Garnaut-Bericht ruft zu internationalem Handeln auf

Entschließungsantrag zum Verzicht auf Ölförderung und für Artenvielfalt betritt Neuland

Mehr Käferarten auf einem Baum als in ganz Europa

Die Karawane muss abbiegen !

Der Berg kreiste und gebar eine Maus - so die Kurzzusammenfassung der Ergebnisse des G8-Gipfels und des Treffens der "Major Economies" im japanischen Toyako. Enttäuschend und aufwühlend, denn es passiert zu einer Zeit, in der die Warnsignale zum Klimawandel immer wahrnehmbarer werden. Wissenschaftler wie der hochreputierte James Hansen, die am ehesten verstehen, was bezüglich Klimaänderung auf uns zukommt, werden immer drastischer in ihren Forderungen zum Abwenden eines Klimawandels mit unumkehrbaren Folgen. Hansen sieht die Notwendigkeit, die CO₂-Konzentrationen sogar auf 350 ppm zurückzuführen, um ein globales Desaster zu verhindern. Ohne Ausstieg aus der Kohlenutzung sei dies nicht zu erreichen, solange die (derzeit noch spekulative) CCS-Technologie nicht eingesetzt wird.

Damit wendet er sich offensiv an die Politik und gibt auch konkrete Vorschläge, wie der schlimme Ausgang noch verhindert werden kann. Doch die Karawane der weltweit mächtigsten Politiker trottet fast wie gewohnt weiter, ohne Tempo- und Richtungsänderung.

Andere haben aufgenommen, dass etwas geändert werden muss. Der Yasuni-Nationalpark, ein Hotspot der Biodiversität, soll der Ölförderung weichen. Der Bundestag will das stoppen und betritt Neuland mit dem interfraktionell eingebrachten Vorschlag, finanzielle Unterstützung dafür zu prüfen, dass Ecuador das Öl im Boden lässt und damit den Nationalpark erhält.

Manfred Treber

Klimawissenschaftler fordert noch schärferen Klimaschutz

Kipp-Punkte sind nahe

James Hansen verschärft bei seinem Auftritt vor dem US-Kongress angesichts neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse seine Forderungen nach verstärktem Engagement zur Stabilisierung des Klimas.

Germanwatch übersetzt Auszüge des Vortrags von J. Hansen vom 23.6.2008.

"Mein Vortrag heute ist genau 20 Jahre nach meiner Sachverständigenaussage vom 23. Juni 1988 vor dem Kongress, welche die Öffentlichkeit darüber alarmierte, dass eine Klimaänderung im Gange ist. (...)

Was steht auf dem Spiel? Die bisherige Erwärmung (...) scheint beinahe harmlos, weniger gefährlich als alltägliche Wetterschwankungen. Aber mehr Erwärmung ist bereits im System, sie ist lediglich durch die große Trägheit der Weltmeere zeitlich verzögert. Und das Klima nähert sich gefährlichen Kipp-Punkten an. (...)

Unter Wissenschaftlern steht nur noch zur Debatte, wie sehr der Meeresspiegel bis zu einem gewissen Datum steigen wird. Meiner Meinung nach wird der Meeresspiegel mindestens um zwei Meter in diesem Jahrhundert ansteigen, wenn sich die Emissionen wie erwartet entwickeln. Hunderte Millionen Menschen würden zu Flüchtlingen werden. Keine stabile Küstenlinie könnte in Zeiträumen, in denen Menschen denken, wieder hergestellt werden. (...)

Die beunruhigende Schlussfolgerung (...) ist, dass ein sicheres Niveau der atmosphärischen Kohlendioxidkonzentration bei höchstens 350 ppm (...) liegt, es könnte sogar weniger sein. Die Menge des Kohlendioxids liegt gegenwärtig schon bei 385 ppm und sie steigt jährlich um 2 ppm. Eine verblüffende Folgerung: Das oftgenannte Ziel, die Erwärmung unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, ist nicht ein Rezept für die Rettung, sondern für ein globales Desaster. (...)

Solche Phänomene, beispielsweise die Instabilität des Arktischen Eises und die der großen Eisschilde, zeigen, dass wir schon zu weit gegangen sind. Wir müssen atmosphärisches Kohlendioxid herunterdrücken, um den Planeten so zu erhalten, wie wir ihn kennen. Ein Niveau von nicht mehr als 350 ppm ist mit Hilfe von Wiederaufforstung und verbesserter landwirtschaftlicher Praxis immer noch machbar, aber gerade noch so - die Zeit läuft uns davon.

Die Anforderungen, den Anstieg des Kohlendioxids anzuhalten, sind mit der Größe der Lagerstätten fossiler Energien verbunden. Für Kohle sind sie weitaus größer als für Öl und Erdgas. Ein Ausstieg aus der Kohlenutzung, solange nicht der Kohlenstoff abgeschieden und gelagert wird, ist die Hauptanforderung, um das Problem der Klimaänderung anzugehen.

Öl wird in Fahrzeugen genutzt, wo man den Kohlenstoff kaum abscheiden kann. Aber das Öl geht zur Neige. Um den Planeten zu retten, müssen wir sicherstellen, dass die nächste Energieressource für den Transportsektor nicht aus der Gewinnung von Öl aus Kohle, Ölsänden oder anderen fossilen Energieträgern kommt. (...)

Vorstandsvorsitzende von fossilen Energieunternehmen wissen, was sie tun, und sind sich der langfristigen Konsequenzen eines 'weiter so' bewusst. In meinen Augen sollten diese Vorstandsvorsitzenden wegen Verbrechens gegen die Menschheit und die Natur vor Gericht gestellt werden. (...)

Wenn die Politiker Dummköpfe bleiben, müssen die Bürger führen. Wir müssen ein Moratorium für den Neubau von Kohlekraftwerken fordern. (...)"

Quelle:
http://www.columbia.edu/~jeh1/2008/TwentyYearsLater_20080623.pdf

Australien veröffentlicht nationalen „Stern-Report“ – Stern mahnt 2t-CO₂-Ziel für 2050 an

Garnaut-Bericht ruft zu internationalem Handeln auf

Der Wirtschaftsprofessor Ross Garnaut erstellte im Auftrag der australischen Regierung einen nationalen „Stern-Report“, der ökonomische Chancen und Risiken nationaler Klimapolitik quantifizieren sollte. Im Dilemma der „Unrentabilität“ nationaler Alleingänge und im Angesicht der für Australien besonders bedrohlichen Konsequenzen des Klimawandels wird der Bericht zu einem Plädoyer für ernsthaften internationalen Klimaschutz. National fordert er die Versteigerung von 100 Prozent der Emissionshandelszertifikate, bleibt jedoch bei Anpassungshilfen für Entwicklungsländer weit zurück.

Praktisch zeitgleich erschien im Juni ein neuer Bericht von Nicholas Stern, nachdem dieser bereits im Oktober 2006 die ökonomischen Konsequenzen des Klimawandels mit den vergleichsweise geringen Kosten entschlossener Klimaschutzpolitik verglichen hatte. Stern benennt u.a. das Zwei-Tonnen-Ziel (CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr) als notwendigen Baustein eines internationalen Klimaabkommens.

Germanwatch übersetzt Auszüge aus beiden Dokumenten.

Garnaut Climate Change Review – Draft Report June 2008

"(...) Wirkungsvolle internationale Maßnahmen sind notwendig, wenn die Risiken des gefährlichen Klimawandels auf einem akzeptierbaren Niveau gestoppt werden sollen. Diese Maßnahmen sind aber höchst komplex. Internationale Kooperation ist grundlegend für die Lösung dieses globalen Problems. Jedoch verlangt diese Lösung die Auflösung eines echten Gefangenendilemmas: Jedes Land profitiert aus seiner nationalen Sicht von eigenen geringeren CO₂-Reduktionen im Vergleich mit den höheren Reduktionen anderer Länder. Wenn alle Länder auf

dieser Basis handeln, ohne Weitblick und Kooperation, wird es keine Lösung geben. Wenn die Zeit gekommen ist, werden wir die Ergebnisse als ungenügend und unbefriedigend beurteilen. (...) Es ist wichtig, dass Industriestaaten in ihren Ländern glaubwürdige Emissionsreduktionen durchsetzen. Nicht nur, um Entwicklungsländern ihren ernsthaften Willen zu demonstrieren, sondern auch um zu zeigen, dass Emissionsreduktionen möglich sind, ohne den Wohlstand zu opfern. (...) Den Fortschritt zu beschleunigen verlangt von Industrieländern die Übernahme einer Führungsrolle und das Vertrauen in ihre Zusage zu verbindlichen Reduktionen, sofort und ohne Bedingungen. Weitergehende Reduktionen können jedoch angeboten werden, wenn Entwicklungsländer auch Reduktionsbegrenzungen zustimmen. (...) Fortschritte können im multilateralen Verhandlungsgeschehen jedoch nicht erreicht werden, solange die USA nicht zeigen, dass sie es mit dem Klimaschutz ernst meinen und etwa ein glaubwürdiges langfristiges Emissionsminderungsziel verabschieden. (...)"

Nicholas Stern: Key Elements of a Global Deal on Climate Change

"(...) Die derzeitigen globalen Pro-Kopf-Emissionen liegen im Durchschnitt bei sieben Tonnen [CO₂-Äquivalenzemissionen] und steigen schnell. 2050 werden etwa neun Mrd. Menschen auf der Erde leben, acht Mrd. davon in Entwicklungsländern. Wenn die globalen Emissionsziele erreicht werden sollen, müssen alle Länder höchstens zwei Tonnen pro Kopf erreichen. (...) Die Herausforderung liegt vor uns.

Der globale politische Rahmen muss so konstruiert sein, dass er drei Prinzipien erfüllt: **Effektiv:** Der Rahmen muss Maßnahmen beinhalten, die die Risiken des Klimawandels erschwing-

lich auf anerkannt tragbarem Niveau halten; **Effizient:** Reduktion der Treibhausgase soll dort erfolgen, wo es am preiswertesten ist, CO₂ soll einen Preis erhalten, und der Markt soll eine zentrale Rolle spielen in der Lenkung, wo und welcher Art die Reduktionen erfolgen; **Gerecht:** Verpflichtungen müssen als gerecht wahrgenommen werden, was voraussetzt, dass Industrieländer die Vorreiterrolle übernehmen – der Klimawandel ist ein gemeinsames Problem mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten.

Auf der Basis von Risiken und den Kosten von Handlungen und unterlassenen Handlungen sollte das Stabilisierungsniveau der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre 450-500 ppmv CO₂equ. sein. (...)

Um ein Ziel von 500 ppmv CO₂equ. zu erreichen, ist eine Reduktion bei allen Treibhausgasen um 50 Prozent bis 2050 (Ausgangsjahr 1990) nötig, weitere Verminderungen sollten nach diesem Zeitraum erfolgen. (...)

Einige rasch wachsende Entwicklungsländer mit mittlerem Pro-Kopfeinkommen werden schon vor 2020 frühe Reduktionsziele in einigen Wirtschaftssektoren zusammen mit möglichen verpflichtenden nationalen Emissionszielen übernehmen müssen. (...)

Die Kraft eines globalen Emissionshandelssystems muss genutzt werden, um erhebliche Finanzflüsse in Entwicklungsländer zu generieren: Etwa 20-75 Mrd. \$ pro Jahr im Jahr 2020 und 50-100 Mrd. \$ in 2030. (...)

Quellen:

Nicholas Stern: Key Elements of a Global Deal on Climate Change. London 2008.

www.lse.ac.uk/collections/granthamInstitute/publications/KeyElementsOfAGlobalDeal_30Apr08.pdf

Ross Garnaut: Garnaut CLIMATE CHANGE REVIEW. Draft Report. Canberra. June 2008. www.garnautreview.org.au

Entschließungsantrag zum Verzicht auf Ölförderung und für Artenvielfalt betritt Neuland

Mehr Käferarten auf einem Baum als in ganz Europa

Ende Juni hat der Deutsche Bundestag einem interfraktionellen Antrag zugestimmt. Dieser fordert die Bundesregierung auf, ihre grundsätzliche Bereitschaft zu erklären, Ecuador durch Einzahlung in einen Fonds zu unterstützen, wenn auf die Ölförderung im Biodiversitäts-Hotspot Yasuni-Nationalpark verzichtet wird. Auf einem Hektar finden sich im Yasuni-Nationalpark fast genauso viele Baumarten wie in ganz Nordamerika zusammen; auf einem Baum finden sich mehr Käferarten als in ganz Europa.

Germanwatch bringt einen Auszug aus der Vorabversion des Entschließungsantrags 16/9758 vom 25.6.2008.

"(...) Der Vorschlag Ecuadors vom 05. Juni 2007, das Gebiet Ishpingo-Tambococha-Tiputini (ITT) im Nationalpark Yasuni vor Beeinträchtigungen durch die Förderung von Erdöl zu schützen, ist ausdrücklich zu begrüßen. Er ist von besonderer Bedeutung für den Erhalt eines weltweit einmaligen Biosphärenreservates und für den Schutz der dort lebenden indigenen Völker. Darüber hinaus ist er eine Bereicherung für die notwendige Diskus-

sion über den Beitrag der Entwicklungsländer zum globalen Klimaschutz und den Wert der biologischen Vielfalt. Im Gegenzug für den Schutz des ITT-Gebietes und den Verzicht auf die Ölförderung, was durch international bindende Verträge dauerhaft gesichert werden soll, fordert Ecuador, dass sich die internationale Gemeinschaft auf Kompensationszahlungen an Ecuador verständigt. Dabei steht der Schutz der Biodiversität im Vordergrund und nicht der Verzicht auf die Nutzung von Erdölvorkommen. Es soll kein Präzedenzfall geschaffen werden, der die internationalen Klimaschutzverhandlungen durch unerfüllbare Finanzforderungen erdölfördernder Länder gefährdet.

Ecuador erwartet, dass verschiedene Geber die Hälfte der erwarteten Einnahmeausfälle als Beitrag zur Erhaltung des Funktions- und Existenzwertes des weltweit einmaligen Ökosystems Yasuni finanzieren. Dies wären nach aktuellen Berechnungen 350 Millionen US-Dollar pro Jahr über einen Zeitraum von dreizehn Jahren. Die ecuadorianische Regierung selbst will die andere Hälfte tragen, was für das Land ein enormer Kraftakt wäre, aber gleichzei-

tig auch ein Signal für die Ernsthaftigkeit ihres Vorschlags. Präsident Rafael Correa hat eine Frist von einem Jahr gesetzt, innerhalb derer verbindliche Finanzzusagen für einen Kompensationsfonds abgegeben werden können. Ist die Finanzierung nach Ablauf der Frist im Juni/ Juli 2008 nicht gesichert, so ist davon auszugehen, dass der Schutzstatus aufgehoben und das Ölfeld im ITT-Gebiet zur Förderung freigegeben wird. Die Folgen im Falle der Ölförderung wären für den Yasuni-Nationalpark unumkehrbar. Die Schäden durch die infrastrukturelle Erschließung sind immens. Mit dem Verlegen der Pipelines und dem damit verbundenen Straßenbau ziehen Menschen in den Urwald nach, roden den wertvollen Baumbestand und lassen sich dort nieder. Die lokale indigene Bevölkerung wird zwangsläufig aus ihrem ursprünglichen Lebensraum verdrängt werden. (...)"

Quelle:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609758.pdf>

Redaktion

Manfred Treber (V.i.S.d.P.), Kristin Gerber, Gerold Kier, Stefan Rostock, Sven Harmeling

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn

Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19

E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin

Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1

E-mail: info@germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Dieses Projekt wird gefördert durch:

**Umwelt
Bundes
Amt**
Für Mensch und Umwelt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.